



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

rbb Abendschau-Interview: BBU setzt sich für eine Wohnungspolitik für alle Berliner ein

09.11.2016 Fachinformation

Gut 55.000 neue, landeseigene Wohnungen wollen SPD, Grüne und Linke in den kommenden fünf Jahren schaffen. Zudem ist ein Stopp der Mietererhöhungen bei den Städtischen sowie ein WBS-Anteil von 50 Prozent geplant. Im Vorbericht des Abendschau-Interviews hieß es, die städtischen Wohnungsgesellschaften würden angesichts der Mehraufgaben "ausgepresst". BBU-Pressesprecher Dr. David Eberhart bezweifelte im Live-Interview der rbb-Abendschau, ob die Weichenstellungen der Koalition für die Wohnungsunternehmen allgemein hinsichtlich der Baulandversorgung, und der Ausweitung der Beteiligungsprozesse richtig gestellt würden.

Auch der Mittelstand dürfe nicht vergessen werden; die Wohnungsunternehmen hätten einen Versorgungsauftrag und sollten für alle bauen können. Zudem warnte er in der Sendung vor einer Überschuldung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Eberhart äußerte zudem die Sorge vor mehr sozialen Brennpunkten, nachdem in vielen Quartieren mit viel Geld einen guten sozialen Ausgleich geschaffen hätten. Angesichts der ehrgeizigen Neubauziele und des gleichzeitigen Planungsstopps für die Bauvorhaben Elisabeth-Aue und des Kurt-Schumacher-Quartiers gleiche die Koalitionsforderung nach mehr Verdichtung einer "Quadratur des Kreises". Die Menschen in der Stadt müssten in den nächsten fünf Jahren das Gefühl bekommen, dass die Stadt funktioniere.

<https://bbu.de/beitraege/rbb-abendschau-interview-bbu-setzt-sich-fuer-eine-wohnungspolitik-fuer-alle-berliner-ein>